Die Bundestagswahl 2017 hat neben anderen bedenklichen Resultaten gezeigt, dass die Unzufriedenheit vieler Menschen im ländlichen Raum, vor allem im Osten, ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die Zukunft der Demokratie in Deutschland darstellt.

Unzufrieden sind nicht nur Menschen, die an der Armutsgrenze leben, sondern auch jene, die sich – trotz Berufstätigkeit, Haus, Auto und Familie – entgrenzt und entwertet fühlen. Menschen, die das Gefühl haben, verlassen worden zu sein – obwohl es ihnen materiell nicht schlecht geht. Ihr Protest, der früher – zumindest im Osten – zu einer nostalgisch gefärbten Parteinahme für die ‚Linken‘ beigetragen hat, zeigt sich jetzt als Ablehnung aller demokratischen Kräfte.

Bei meinen Überlegungen geht es aber nicht darum, was wir gegen die AfD tun können, sondern um die Frage, wie deren Wählerschaft ‚umgestimmt‘ werden kann: Nicht durch einen besseren Wahlkampf, sicherlich jedoch durch bessere ‚Politik‘, vor allem aber durch gezielte Strukturmaßnahmen im ländlichen Raum. Hier bieten sich Modelle der Gemeinwesenarbeit an, die in Westdeutschland in den 1970er Jahren angesichts von Grundhaltungen wie „die da oben machen ja doch, was sie wollen“ entwickelt worden sind, um zu zeigen, dass Initiativen an der Basis durchaus etwas erreichen können.

Es geht um die demokratische Zukunft Deutschlands

Die seinerzeit erfolgreich praktizierte Gemeinwesenarbeit zielte nicht darauf ab, Einzelpersonen zu unterstützen oder zu fördern, sondern die Strukturen von Gemeinden/Stadtteilen so zu verändern, dass die Identifikation mit dem jeweiligen Sozialraum zunimmt, die Motivation zur Verbesserung der Lebenssituation dort ansteigt, sich Initiativgruppen für den Aufbau von notwendig erforderlichen Einrichtungen (Spielplatz, Schwimmbad, Selbsthilfewerkstätten etc.) einsetzen und dadurch Selbstbewusstsein und Zufriedenheit gefördert werden. Diese hauptsächlich in Stadtrandgebieten umgesetzten Impulse, müssten jetzt – zusammen mit bereits bestehenden Initiativen – in die ländlichen Bereiche übertragen werden.

Aus unzufriedenen potentiellen Rechtsradikalen müssen zufriedene konstruktive Mitbürger_innen werden. Nur so kann man der AfD erfolgreich entgegenwirken. Wie könnte das funktionieren? Programme, die zur Umsetzung dieser Strategien im Sinne der Aufwertung der ländlichen Gemeinwesen und ihrer Bewohnerschaft in Deutschlands zum Einsatz kommen müssen, sind aufwendig und teuer. Sozialarbeiter_innen, die im Feld der Gemeinwesenarbeit ausgebildet wurden, sind rar. Eine neue Generation von Fachkräften aus Disziplinen wie Soziale Arbeit, Sozialpädagogik, Betriebswirtschaft, Sozialpsychologie und Öffentlichkeitsarbeit muss geschult und auf diese spezifische Arbeit vorbereitet werden. Zivilgesellschaftlich Engagierte (‚Frauengruppen‘, Sportvereine, ‚Senioreninitiativen, Jugendliche...‘) könnten diese Fachkräfte unterstützen.

Zu Kosten und Folgen: Sowohl die Einstellung von Fachkräften wie auch die Schulung von Ehrenamtlichen als auch der Aufbau von ‚Regionalbüros‘ zur Koordination der Angebote sind aufwendig und teuer. Es müssen deshalb Mittel und Wege gefunden werden, z.B. durch die Neuaufnahme von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) für ‚Change-Agents‘. In den 1970er und 80er Jahren haben sie dazu beigetragen, dass durch Modellprojekte wie Frauenhäuser, Stadtteilzeitungen, Schuldnerberatungsstellen, Mädchentreffs etc. erforderliche Aufbrüche im Bereich des Sozialen und der Kultur entstanden sind.

Wenn wir nicht bereit sind, die notwendigen Mittel aufzubringen, müssen wir nicht nur damit rechnen, dass es künftig mindestens einen AfD-Ministerpräsidenten geben wird, sondern dass die deutsche Demokratie in Schieflage gerät.

Sabine Hering *1947

Professorin i.R. für Sozialpädagogik,
Gender und Wohlfahrtsgeschichte
an der Universität Siegen.
hering@kulturareale.de